

Jeder zweite Lift weist Mängel auf

Die Wartung von Aufzügen ist in der Schweiz nicht gesetzlich geregelt – das hat fatale Folgen für die Sicherheit

VON PETRA WESSALOWSKI
UND ROBERT WILDI

ZÜRICH Die Schweiz ist bei vielen Sicherheitsvorschriften Weltklasse. Nur bei den Liften gibt es eine Lücke. Zum einen gibt es kein schweizweites Gesetz, das die Wartung vorschreibt, zum anderen müssen ältere Aufzüge nicht auf den neusten Stand der Technik gebracht werden. Wie viele Zwischenfälle es gibt, weiss niemand genau. Rund 20000 Menschen bleiben jährlich in einem Lift stecken. Doch das ist die einzige erhebliche Zahl.

Die Berufsfeuerwehr Basel-Stadt rückte letztes Jahr 33-mal wegen Fahrstuhl-Vorfällen aus, die Berner 27-mal und die Stadtzürcher 87-mal, was nur ein unvollständiges Bild ergibt. Einzig die Suva verfügt über langjährige Statistiken. Zwischen 2007 und 2011 ist die Zahl der Verunfallten in Personenaufzügen von 280 auf 760 gestiegen. Liftunfälle verursachen durchschnittlich zehn Prozent mehr Kosten als andere Unfälle. Kinder oder Senioren sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Sie sind aber besonders gefährdet.

Aufzüge, die nicht genau anhalten, können zu Stürzen führen. Das ist

ein Sturz auch tödliche Folgen haben. Fehlende Kabinenabschlusstüren würden vor allem Kleinkinder, aber auch Tiere gefährden. Wenn Arme oder Beine zwischen den Liftschacht und die Kabine gelangen, sind die Verletzungen schwer oder gar tödlich. Zuletzt machte Cockerspaniel Chico Schlagzeilen. «Vom Lift erdrosselt» titelte der «Blick» im April, nachdem sich die Leine im Schacht verfangen hatte.

Laut Silvia Glaus, Geschäftsführerin des Verbands Schweizerischer Aufzugsunternehmen (VSA), gibt es in der Schweiz keine Meldepflicht für Liftunfälle. «Viele Unfälle werden gar nicht bekannt, und wir würden es begrüßen, wenn mehr darüber berichtet würde.»

Die Kantone scheuen die Kosten für eine Überwachung

Unangenehm, wenn auch meist nicht lebensbedrohlich: ein fehlender oder nicht funktionierender Notrufknopf. Das war bei 45 Prozent der im Kanton Zürich kontrollierten Aufzüge das häufigste Manko. Bei 30 Prozent fehlt eine Kabineninnentüre. Laut Thomas Goetschi, der mit seinem



wird aber häufig aus finanziellen Gründen nicht gemacht».

Die in Zürich festgestellten Mängel sind laut Goetschi repräsentativ für die Schweiz. Obwohl seit 2003 eine europäische Sicherheitsnorm für Lifte (Snel) gilt, ist es in der Schweiz den Kantonen überlassen, diese anzuwenden. 2010 kam die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) zum Schluss, dass eine schweizweite Regelung nicht nötig sei. Wie der BPUK-Generalsekretär Benjamin Wittwer sagt, «gibt es zurzeit keine Bestrebungen für eine einheitliche Mindestregel».

Was er nicht sagt: Die Kantone haben wenig Anlass, aktiv zu werden. Bei anderen Normen übt die EU oft politischen Druck aus, oder eine Anpassung ist nötig, um Exporte nicht zu behindern. Bei den rund 200 000 Aufzügen in der Schweiz, von denen die Hälfte gemäss VSA älter als 20 Jahre ist und nicht den neusten Sicherheitsvorschriften entspricht, ist dies nicht der Fall.

Lifte gelten zwar als eines der sichersten Verkehrsmittel. Doch die fehlende Unfallstatistik und die Weigerung grosser Anbieter

befürchten einen Imageschaden sagt Thomas Goetschi.

Die Kantone ihrerseits scheuen die Kosten für eine Überwachung. Die Schweiz hat weltweit die höchste Anzahl Lifte pro Einwohner. Bisher haben erst Genève, Zürich Gesetze. Freiburg und Glarus arbeiten daran.

In Zürich werden Lifte alle fünf Jahre amtlich kontrolliert. Bis 2015 sollen alle Anlagen der 2009 eingeführten Richtlinie entsprechen. Das bedeutet, dass in allen anderen Kantonen die Eigentümer selbst entscheiden, ob und wie häufig ein Lift gewartet wird. Und ob sie Türen, bei denen das Glas splitteren kann, ersetzen. Laut Silvia Glaus verfügen einige Aufzüge über Glastüren, die neu nicht mehr zugelassen würden.

Hersteller wünschen sich schweizweite Regelung

Lifthersteller wie Emch, Metzger oder Schindler würden eine schweizweite Regelung begrüßen. Für Bernhard Emch, Geschäftsführer des gleichnamigen Herstellers, würde dies die Sicherheit erhöhen. «Wenn wir Eigentümer auf die Risiken hinweisen, dann stösst das oft auf Widerstand», sagt er.